

Wilsdruffer Tageblatt

Nationale Tageszeitung für die Landwirtschaft,



für Bürgertum, Beamte, Angestellte u. Arbeiter

Das Wilsdruffer Tageblatt erscheint an allen Werktagen nachmittags 5 Uhr. Bezugspreis monatlich 2,- RM. Einmalige Belegpreise 10 Pf. Alle Bestellungen, Postsendungen und Geschäftsbesprechungen werden nach Möglichkeit angenommen bis zum 1. d. M. im Voraus. — Rücksendung eingekaufter Belegblätter erfolgt nur, wenn Porto beiliegt.

Einzelheftpreis: die 8seitige Nummer 20 Pf., die 4seitige Nummer 10 Pf. Die 4seitige Nummer 10 Pf. Fernsprecher: Amt Wilsdruff Nr. 6

Das Wilsdruffer Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts und des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt und des Finanzamts Rossen behördlicherseits bestimmte Blatt.

Nr. 21 — 91. Jahrgang. Seleg.-Adr.: „Amtsblatt“ Wilsdruff-Dresden. Volkshel.: Dresden 2640. Dienstag, den 26. Januar 1932

Das Stillhalteabkommen.

So sehr in Deutschland die parteipolitischen Gegensätze auseinanderplatzten — darüber sind sich alle einig: Unsere privaten Schulden müssen wir bezahlen. Und in den Räumen der Reichsbank hat man sich seit anderthalb Monaten in ausgiebigen Verhandlungen zwischen Gläubigern und Schuldner auseinandergesetzt, wie und ob man sich auf ein Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses einigen kann.

Für den Schuldner ist im allgemeinen eine solche Zwangsangelegenheit nicht gerade sehr angenehm! Aber es bedeutet für ihn doch eine beträchtliche Erleichterung, die den Verhandlungen über die Einzelheiten des Vergleichsverfahrens, wenn ihm von den Gläubigern beschuldigt wird, daß er nicht allein durch eigene Schuld zur Zahlungsunfähigkeit gezwungen worden sei. Was schon im Juli auf der Londoner Konferenz gesagt worden war, wird unter stärkster Unterzeichnung jetzt auch von dem Berliner Stillhalteauschuss wieder aufgenommen: „Die schwerliche maßlose Kapitalabzehrung aus Deutschland hat in einer alten Kreditlinie geführt; diese Abzehrungen sind durch Mangel an Vertrauen verursacht worden, der weder durch die wirtschaftliche Lage noch durch die finanzielle Lage des Landes berechtigt wird.“

Man darf auf ein aufmerksames machen: Bei einem Vergleichsverfahren wird der Gläubiger allzu leicht und allzuoft die Aktien möglichst hoch bewerten. Um so drastischer wirkt es, wenn sich die Gläubiger selbst genötigt sehen, diese „Aktiven“ nur sehr gering zu bewerten. Und erklären: „Es ist für die Gläubiger wesentlich, das deutsche Kreditrisiko nicht durch sofortige Rückzahlungen weiter zu schwächen, sondern zunächst den Wiederaufbaukräften Zeit zu lassen, sich in einer Stützung auszuwirken.“ Man muß wissen, daß dies Worte sind, die man nicht ungern, z. B. auch bei den Verhandlungen über die „politischen“ Schulden Deutschlands, hören würde!

Aberhaupt hat man so allerhand Wünsche, die mit denjenigen übereinstimmen, die der Bericht des Stillhalteauschusses zum Ausdruck bringt! In den Verhandlungen der Reichsbank, wo sich die maßgebenden Finanzleute aller der Staaten versammelt hatten, die uns Hilfe leisten können, hat man ganz bewußt eine Lösung, eine Vereinbarung in dem „Vergleichsverfahren“ gesucht und gefunden, die davon ausgeht, daß Deutschland seine politischen Schulden nicht zahlen kann. Und so empfiehlt dem Berliner Bericht des Stillhalteauschusses, doch einmal den Bericht der Baseler Young-Plan-Sachverständigen recht genau zu studieren, um so mehr, als man in Berlin den Baseler Feststellungen durchaus zustimme. In dem Bericht wird von dem „Druck von außen“ der gesprochen, der Deutschland nach den furchtbaren wirtschaftlichen Verlusten der Kriegszeit, den Tributzahlungen, der Inflation usw. gezwungen habe, sich dem Ausland lang- und kurzfristige Kredite bereinzunehmen. Und man darf in diesem Zusammenhang — weil man uns das Gegenteil zu schwerem Vorwurf gemacht hat — einen Satz aus dieser Erklärung der Sachverständigen des Berliner Ausschusses zitieren, worin gesagt wird, daß die kurzfristigen Schulden Verträge darstellen, die für wirtschaftliche Zwecke verwandt wurden, und zwar in ihrer Gesamtheit zweckmäßig verwandt worden sind.“ Das klingt ein bisschen anders als der Vorwurf, Deutschland habe für anderer Leute Geld“ gut gelebt und überflüssige Schulden gemacht.

Man möchte überhaupt nur wiederholen, was der Ausschuss nach seinen eingehenden Berliner Beratungen zu sagen sich für verpflichtet fühlt. Er habe „einen tiefen Eindruck gewonnen von den überaus großen Anstrengungen und Opfern, die die deutsche Regierung und das deutsche Volk auf sich nehmen, um ihre Stellung inmitten der gegenwärtigen Schwierigkeiten zu behaupten.“ Aber es ist keine Zeit zu verlieren“, wie die beiden Baseler Komitees es im August und Dezember vergangenen Jahres bereits warnend gesagt haben.

Das sind bloß die allerwichtigsten Feststellungen dieses Berliner Ausschusses, der sein Urteil nur wirtschaftlich-finanziell, aber nicht politisch gefällt hat. „Die deutsche Wiederaufbau hat nunmehr eine Höhe erreicht, die, wie in dem Baseler Bericht festgestellt wurde, nicht mehr überschritten werden kann. Wir sind der gleichen Meinung.“ Es erübrigt sich wohl, diese Feststellung eines internationalen Sachverständigenausschusses, der keineswegs von besonderer Liebe für Deutschland erfüllt ist, sondern der uns als ein harter Gläubiger gegenübersteht, auch nur durch ein einziges Wort von unserer, der Schuldner Seite her in der Wirkung abzuschwächen.

Von Blumentörben und Operationen

Die internationalen Bankiers haben durch den Abschluß der Berliner Stillhaltekonferenz gezeigt, daß sie die Notwendigkeit erkannt haben, nicht auf ihren Schein zu bestehen, daß sie eingesehen haben, daß das starke Festhalten an Verträgen, die unter gänzlich anderen Verhältnissen und Voraussetzungen geschlossen worden sind, nicht nur dem Schuldner, sondern auch dem Gläubiger nichts als schwere Verluste bringen muß. Die Woi, die Eisen bricht, muß auch imstande sein, Verträge aufzulösen. Nur man in diesem Stillhalteabkommen die Einsicht praktischer Abzählweisen auch durch trans-

Das Märchen von den „Geheimrüstungen“

10 Millionen Mann gegen 115000 Mann.

Der Reichswehrminister über Deutschlands Abrüstung.

Reichswehrminister Groener gewährte dem Berliner Vertreter der Pariser Zeitung „Volant“ eine lange Unterredung über die Frage der Abrüstung und über die deutsche Innenpolitik. Groener betonte erneut, daß Deutschland die Abrüstungsbestimmungen des Versailler Vertrages erfüllt habe. Deutschland habe das gleiche Recht auf Sicherheit wie jeder andere Staat. Groener verwies sodann darauf, daß die nächsten Nachbarn Deutschlands in der Lage seien, sofort 10 Millionen Mann zu mobilisieren.

Deutschland könne diesen 10 Millionen nur 100 000 Mann für das Landheer und 15 000 Mann für die Marine im Kriegsfalle entgegenstellen, da der jüngste Soldat des Weltkrieges bereits 30 Jahre alt sei und keiner keine militärische Ausbildung mehr erhalten habe. Raschall hoch habe im Januar 1927 bekräftigt, daß die Abrüstung Deutschlands tatsächlich durchgeführt ist.

In den französischen Behauptungen über deutsche Geheimrüstungen sagte Groener: In der französischen Abrüstungsdenkschrift sei ausdrücklich festgestellt, daß ein Vergleich zwischen den Heeresbauabhalten der Staaten unmöglich sei. Man habe festgestellt, daß 214 000 französische Rekruten ebensoviele Infanterie, wie 5100 englische Rekruten, da letztere als Berufssoldaten eine bedeutend höhere Ausbildung erhielten. Das gleiche gelte für Deutschland.

Da in Deutschland nur einige Privatfirmen ausschließlich für die Reichswehr Kriegsmaterial herstellen dürfen und ein Handel mit Kriegsmaterial verboten sei, sei es verständlich, daß Deutschland für jedes Stück Heeresmaterial sehr viel mehr bezahle.

als Frankreich mit seiner mächtigen Kriegsindustrie. Trotzdem sei der deutsche Heereshaushalt seit 1928 ständig herabgesetzt worden, während der französische sich selbst dauernd erhöhe habe. Unter diesen Umständen könne wohl kaum ein vernünftiger Mensch noch von Geheimrüstungen sprechen. In Deutschland gebe es keinerlei militärische Jugendverbände, während man in anderen Ländern in großen Organisationen im Einvernehmen mit dem Kriegsministerium die Jugend auf den Militärdienst vorbereite. Der Stahlhelm und die Leute Hitlers seien keine militärischen Verbände und verfügten über keinerlei Waffen.

In seiner Eigenschaft als Innenminister habe er die Pflicht, die Elemente zu bekämpfen, die die Atmosphäre zwischen Deutschland und dem Ausland vergiften, indem sie „Enttüllungen“ über angebliche Vertragsverletzungen machten. „Bisher“, so unterstrich Groener, „hat sich noch nie ein französischer Pazifist bei mir eingefunden, um mir Enttüllungen über die französischen Rüstungen zu unterbreiten. Dagegen sind es die angeblich deutschen Pazifisten, die die engsten Beziehungen zum französischen Generalstab und den nationalen Verbänden auf der anderen Rheinseite unterhalten.“

Probleme der Reichsreform.

Das Verhältnis von Reich und Ländern.

Eine der wichtigsten Fragen für die Gestaltung der deutschen Zukunft ist die Reichsreform. Die Schwierigkeit ihrer Durchführung, ja, nur ihrer Inangriffnahme, hat bisher immer wieder zu einem Ausschub geführt. Der enge Zusammenhang dieser Reform mit der Frage der Führung der großen Politik im Reich und dem Problem der Anpassung der öffentlichen Verwaltung an die Staatsaufgaben der neuen Zeit erklärt das Zögern, mit dem man an die Lösung dieser Reformfrage herantritt.

Dr. Gehring, der Vorsitzende des Bundes zur Erneuerung des Reiches, von der schon ein großer Reformplan vorgelegt wurde, äußerte sich jetzt in einem Aufsatz über das Verhältnis von Reich und Ländern im Rahmen der Reichsreform. Er vergleicht zunächst die Bestrebungen der im Reich widerstrebenden Unitarier und der Föderalisten verschiedener Prägung und betont, daß der Kernpunkt der ganzen Frage das Verhältnis zwischen Reich und Preußen sei.

Er kommt zu dem Ergebnis, daß der Dualismus dadurch beseitigt werden müsse, daß Preußen als Ganzes unter Abrundung durch die kleinen norddeutschen Staaten und unter Hebung der Stellung seiner Provinzen vom Reich verwaltet werden müsse, daß die süddeutschen Länder und Sachsen, wenn Hessen und Thüringen wollen, auch diese ihre Hoheitsrechte behalten und eine feste Zuständigkeitsenteilung zwischen Reich und Ländern herbeigeführt wird. „Ich bin der Meinung“, sagt er, „daß die Bismarcksche Lösung der verschiedenen Behandlung von Nord und Süd die richtige gewesen ist.“ Komplizierte Gebiete, wie Kirche und Schule, müßten den süddeutschen Ländern als Reservat überlassen werden, so daß ein plötzliches Eingreifen einer Reichsmehrheit in garantierte Rechte nicht möglich sei. Es handele sich bei all dem um keine ewige, sondern um eine brauchbare Lösung für die Gegenwart.

Außerachtlassung der realen Rechtsverhältnisse werde dem deutschen Vaterlande so wenig förderlich sein wie der Lösung der vordringlichen Aufgabe, für eine Generation wieder alle Kräfte in den Dienst des Ganzen zu zwingen.

Mecklenburgische Wünsche.

Die mecklenburgischen Heimatverbände haben zur Frage der Reichsreform eine Entschliebung gefaßt, in der es heißt, es gebe wohl keinen Mecklenburger, der nicht die Erhaltung der Selbstständigkeit seines Heimatlandes wünsche. Wenn dies aber nicht möglich sei, so müsse man fordern, daß das Land, dessen Volk in fast hundertjähriger gemeinsamer geschichtlicher und kultureller Entwicklung zu einer Einheit verschmolzen sei, auf keinen Fall zerrissen werde, wie es schon vorgeschlagen sei; Mecklenburg müsse vielmehr ungeteilt und als geschlossener Verwaltungsbezirk nach Westen ein Land mit niederfachlichem Grundcharakter angegliedert werden, möglichst unter Einfluß des von

Abonnieren Sie das Wilsdruffer Tageblatt!